

Inhalt

| | |
|---|----|
| • Wissenswertes | 1 |
| In eigener Sache: 70 Jahre ABSt Hessen e.V. – 1954-2024 | 1 |
| EVB-IT Rahmenvereinbarung beschlossen | 2 |
| Neuer Ausschlussgrund nach § 123 GWB | 2 |
| Verordnung zur Vergabe steuerlicher Wirtschafts-Identifikationsnummern | 2 |
| Bericht über die Überwachung der Auftragsvergabe – Reformvorschläge der Bundesrepublik zu EU- Vergaberecht angekündigt | 3 |
| • Recht | 4 |
| Wer (ausreichend) schreibt, der bleibt: Dokumentationspflichten bei Jury-Bewertung | 4 |
| Nachträglich eingereichte Nachweise sind für die Eignungsprüfung irrelevant | 5 |
| • International..... | 7 |
| Aus der EU | 7 |
| EU-Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte | 7 |
| European Innovation Procurement Awards 2024-2025 | 7 |
| Neue Studie zum Dienstleistungssektor der EU verfügbar | 8 |
| Das Beschaffungswesen der Asiatischen Entwicklungsbank | 8 |
| • Aus den Bundesländern | 9 |
| Hessen: Veröffentlichungen an Pflichtbekanntmachungsplattform HAD und BKMS | 9 |
| Rheinland-Pfalz: Erste Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen vom 12. Juni 2024 | 9 |
| Thüringen: Erfahrungen zum Thüringer Vergabegesetz | 10 |
| • Veranstaltungen..... | 11 |
| 27. August und 25. September 2024 Vergaberecht für Einsteiger: Anfängerkurs für Auftraggeber und Bieter ohne Vorkenntnisse..... | 11 |
| 29. August und 26. September 2024 Einführungsseminar zur elektronischen Vergabe mit der eHAD | 11 |
| 11. September und 09. Oktober 2024: Die Vergabe von Rahmenvereinbarungen und die Vergabe von IT- Leistungen - Zwei Themenkomplexe..... | 12 |
| 19. September 2024: Die Vielfältigkeit einer ordnungsgemäßen Leistungsbeschreibung und ihre Fallstricke. Ein Praxisseminar | 12 |
| 08. Oktober 2024 Fördermittel und Vergaberecht in Hessen – Was ist zu tun? | 13 |
| 10. Oktober 2024 eHAD-Vertiefungsseminar: Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsverfahren im eHAD- Vergabemanager | 13 |
| 16. Oktober 2024: Die Vergabe von Planungsleistungen – Effektive Möglichkeiten der Verfahrensgestaltung | 14 |
| Veranstaltungen anderer Anbieter | 14 |
| • Impressum..... | 15 |



Wissenswertes

In eigener Sache: 70 Jahre ABSt Hessen e.V. – 1954-2024

Seit nunmehr 70 Jahren befasst sich die ABSt Hessen damit, wie zwischen öffentlichen Auftraggebern und Unternehmen öffentliche Aufträge zu schließen sind. Heute konzentriert sich ihre Unterstützung darauf, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Regelwerke vor dem Hintergrund folgender Grundprinzipien eingehalten werden: Aufträge sind im Wettbewerb zu vergeben, das Verfahren ist transparent durchzuführen und die bietenden Unternehmen sind gleich zu behandeln.

Die Gründung der ABSt Hessen durch die hessischen IHKs und HWKs fiel in die Nachkriegszeit und hatte dabei nur einen einzigen Zweck: beim Aufbau der Bundeswehr eine bestimmte Rolle zu übernehmen. Für dieses Ziel waren Kontakte zu den Unternehmen vonnöten, die Leistungen und Know-how für einen umfangreichen Beschaffungsbedarf der angestrebten Bundeswehr hatten. Der Bedarf umfasste sowohl Standardleistungen als auch Leistungen, die konkret der Wiederbewaffnung dienten. Dazu zählte die Ausstattung der Bundeswehr mit Kasernen und Kleidung oder auch spezielle Leistungen wie Waffen für den Verteidigungsfall.

Die Gründung der ABSt geschah vor folgendem politischen Hintergrund: Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hatten 1952 den Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) geschlossen, mit dem Zweck, eine europäische Armee aufzubauen. Es war ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, eine deutsche Armee in den europäischen Rahmen einzugliedern.

Diese Europäische Verteidigungsgemeinschaft sollte der Nato unterstellt werden, die fünf Jahre zuvor gegründet wurde. Zur Ratifizierung des EVG-Vertrages durch die Unterzeichnerstaaten kam es aber letztlich nicht. Unterschiedliche Interessen der Partner und die damit einhergehende Wiederbewaffnung Deutschlands, die einigen großes Unbehagen verursachte, verhinderten dies.

Aufwind erhielt die Gründungsabsicht der ABSt Hessen allerdings durch den Abschluss der Pariser Verträge 1954, aus der die Westeuropäische Union (WEU) entstand. Mitglieder sind die Staaten Frankreich, Großbritannien und die Beneluxstaaten, die sich bereits im Brüsseler Vertrag von 1948 gegenseitigen Beistand im Verteidigungsfall versprochen hatten. Der neue Vertrag bedeutete zugleich das Ende der Besetzung der Bundesrepublik und den Beitritt Westdeutschlands und Italiens zum Brüsseler Vertrag. Ein Amt für Rüstungskontrolle und ein Ständiger Rüstungsausschuss wurden eingerichtet. Um der skeptischen europäischen Öffentlichkeit zu entsprechen, unterlag die deutsche Wiederbewaffnung der Einschränkung, dass die Herstellung von Massenvernichtungswaffen oder ABC-Waffen untersagt war.

Damit wurde der Weg frei, dass Westdeutschland seine eigene Armee, die Bundeswehr, aufbauen konnte, die am 5. Mai 1955 in die Nato integriert wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren in fast jedem westdeutschen Bundesland Auftragsberatungsstellen als Kontaktstelle für die nicht rüstungsbezogenen Bedarfe der Bundeswehr entstanden. Noch heute wirken alle Auftragsberatungsstellen in Deutschland als Ständige Konferenz der ABStn, erweitert durch die Einrichtungen in den östlichen Bundesländern. Sie vermitteln zwischen öffentlichen Auftraggebern und Unternehmen, da es um einen fairen Wettbewerb und rechtskonforme Verfahren vor der Auftragserteilung geht.

Die ABSt Hessen hat seit 2001 die Digitalisierung der Beschaffung mit der Hessischen Ausschreibungsdatenbank HAD vorangetrieben. In ihr Portfolio wurden weitere Leistungen integriert: die eHAD als digitale Plattform zur voll-elektronischen Durchführung der Vergabeverfahren der öffentlichen Hand ab 2008, flankiert durch Schulungen zur Nutzung der eHAD-Software.

Seitdem ist auch ein umfangreiches Seminarprogramm entstanden, das Auftraggebern den einzuhaltenden Rechtsrahmen der nationalen und EU-Verfahrensvorschriften vermittelt, aber auch für Unternehmen gedacht ist, die sich mit Angeboten an den Ausschreibungen der öffentlichen Hand beteiligen.

Seit 2008 hat die ABSt das HPQR aufgebaut, das Unternehmen auf ihre Eignung für öffentliche Aufträge zertifiziert. Als amtliches Verzeichnis ist das HPQR bei der EU-Kommission notifiziert und muss von Auftraggebern als Nachweis anerkannt werden. Die kostenlose Erstberatung für öffentliche Auftraggeber und Unternehmen zum einzuhaltenden Rechtsrahmen, bspw. zur VOB und zur Technik der elektronischen Vergabe, runden den Service der ABSt ab.

August/September 2024

Punktuell unterstützen die Auftragsberatungsstellen den Bund bei verschiedenen Projekten. Der Verbund der Auftragsberatungsstellen erhielt vom Bundeswirtschaftsministerium den Forschungsauftrag zur Mittelstandsklausel, der von den Auftragsberatungsstellen Hessen und Brandenburg federführend bearbeitet wurde.

Aktuell arbeitet die ABSt Hessen seit zweieinhalb Jahren in einem Expertengremium des Bundes mit, das dafür verantwortlich war, alle EU-Bekanntmachungen von beschreibbaren PDFs in Datenfelder umzuwandeln. Das nächste Projekt steht schon vor der Tür: Auch die übrigen nationalen Bekanntmachungsmuster werden das neue Format xml. erhalten, ein Stichtag steht noch nicht fest.

Ihre Ansprechpartnerin:

Brigitta Trutzel, info@absthessen.de, 0611 / 974588-0

EVB-IT Rahmenvereinbarung beschlossen

Der IT-Planungsrat hat im Juni dieses Jahres eine neue EVB-IT Rahmenvereinbarung beschlossen. Die EVB-IT Rahmenvereinbarung vereint die bereits bestehenden elf EVB-IT Vertragsmuster. Abrufbar sind sie ausschließlich in der Anwendung EVB-IT digital, dem Legal-Tech Vertragserstellungswerkzeug für EVB-IT Verträge.

EVB-IT digital wurde als Open Source Software entwickelt und steht im Open CoDE Repository der öffentlichen Hand bereit. Die Auftraggeber wählen dabei in der Anwendung nur noch diejenigen Module aus, die sie für ihre Beschaffung benötigen. Zudem werden besondere Regelungen und Werkzeuge beispielsweise für die Umsetzung der Rechtsprechung des EuGH zu den Höchstgrenzen von Rahmenvereinbarungen (Urteil vom 17. Juni 2021, C-23/20 – Simonsen & Weel) bereitgestellt.

Eine Kurzanleitung der EVB-IT und die technische Dokumentation finden Sie [hier](#).

Ihre Ansprechpartnerin:

Eva Waitzendorfer-Braun, eva.waitzendorfer-braun@absthessen.de, 0611 9745 880

Neuer Ausschlussgrund nach § 123 GWB

Der neue Straftatbestand der unzulässigen Interessenwahrnehmung, § 108 f StGB ist am 13. Juni 2024 mit dem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches in Kraft getreten (BGBl. 2024 I Nr. 190) und in das StGB aufgenommen worden. Zugleich wurde gemäß Art. 3 des Änderungsgesetzes der Katalog der zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB um diesen Straftatbestand erweitert. Mit § 108 f StGB sollen die Einflussmöglichkeiten von Mandatsträgern außerhalb der Mandatswahrnehmung pönalisiert werden. Insbesondere das Vertrauen in die Integrität von Mandatsträgern und damit in die Funktionsfähigkeit des Systems der repräsentativen Demokratie soll dadurch Stärkung erfahren. Das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit der unzulässigen Interessenwahrnehmung finden Sie [hier](#).

Ihre Ansprechpartnerin:

Eva Waitzendorfer-Braun, eva.waitzendorfer-braun@absthessen.de, 0611 9745 880

Verordnung zur Vergabe steuerlicher Wirtschafts-Identifikationsnummern

Das Bundesministerium der Finanzen hat am 28. Juni 2024 den Referentenentwurf einer Verordnung zur Vergabe steuerlicher Wirtschafts-Identifikationsnummern (Wirtschafts- Identifikationsnummer Verordnung – WIdV) veröffentlicht. Perspektivisches Ziel der Einführung der W-IdNr. ist die Vereinfachung der Kommunikation zwischen wirtschaftlich Tätigen und Behörden sowie auch zwischen Behörden untereinander. Die Einführung der Identifikationsnummern soll zum 1. November 2024 beginnen.

Die initiale Vergabe und die Mitteilung an die wirtschaftlich Tätigen erfolgt in mehreren Stufen und soll 2026 abgeschlossen werden. So wird etwa denjenigen, denen bereits eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt wurde, diese fortan als Wirtschafts-Identifikationsnummer zugeteilt. Im Rahmen der Bekanntmachung von EU-weiten Vergabeverfahren wird bereits seit Einführung der eForms Formulare im Oktober 2023 nach dieser Angabe gefragt.

August/September 2024

Deshalb wird aktuell noch die Angabe einer anderen eindeutigen Identifikationsnummer für Unternehmen (z.B. die Umsatzsteuer-ID oder die Handelsregisternummer) empfohlen.

Ihre Ansprechpartnerin:

Eva Waitendorfer-Braun, eva.waitendorfer-braun@absthessen.de, 0611 9745 880

Bericht über die Überwachung der Auftragsvergabe – Reformvorschläge der Bundesrepublik zu EU-Vergaberecht angekündigt

Die von den Mitgliedstaaten an die Europäische Kommission auf Grundlage der Vergaberichtlinien im 3-Jahres-Rhythmus zu übermittelnden Überwachungsberichte zur Vergabe öffentlicher Aufträge wurden veröffentlicht.

Die Berichte sollen Informationen enthalten

- über die häufigsten Ursachen einer falschen Anwendung oder Rechtsunsicherheit, einschließlich möglicher struktureller oder wiederkehrender Probleme bei der Anwendung der Vorschriften,
- über das Ausmaß der Beteiligung von KMU an der öffentlichen Auftragsvergabe
- und über Vorbeugung, Aufdeckung und angemessene Berichterstattung über Fälle von Betrug, Bestechung, Interessenkonflikten und sonstigen schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten im Bereich des öffentlichen Auftragswesens.

Der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eingereichte Bericht sieht die Hauptursachen für eine falsche Anwendung in fehlenden Rechtskenntnissen oder Unsicherheiten, wie Rechtsnormen anzuwenden seien. Auch die Nichteinhaltung von Fristen, die Nichtveröffentlichung von Eignungskriterien oder eine nicht hinreichende Dokumentation könnten vorkommen. Ein strukturelles Problem sieht das BMWK jedoch nicht.

Zu den Maßnahmen, mit denen festgestellte Probleme abgemildert werden sollen, zählt das BMWK u. a.

- Vier-Augen-Prinzip,
- interne Qualitätssicherung,
- Fachaufsicht (inkl. Leitfäden/Fachaufsichtskonzept),
- stichprobenartige Überprüfung von Vergaben, z. B. durch Rechnungsprüfungsstellen, Justizariat, unabhängige Prüfstellen,
- Entwicklung und Fortschreibung von Maßnahmenkonzepten zur Verbesserung der Vergabep Praxis,
- hinreichende Personalausstattung, mehr vergaberechtlich qualifiziertes Personal,
- die Einrichtung und Nutzung zentraler Vergabestellen (Spezialisierung, Bündelung von Know-how und Erfahrungswissen, gezielte Beratungskompetenz); Rahmenvertragsplanung für verschiedene Bedarfsträger öffnen,
- Schulungen und Fortbildungen (Vergaberecht und Korruptionsprävention).

Aktuell würden Änderungsbedarfe im EU-Rechtsrahmen auf Grundlage der Konsultation zum Reformvorhaben (Vergabetransformationspaket) im nationalen Vergaberecht geprüft. Die Bundesrepublik werde entsprechende Vorschläge auf europäischer Ebene einbringen. Das werde auch eine Anpassung der Schwellenwerte betreffen. Man stimme hier den Bundesländern zu, die bereits im vergangenen Jahr im Rahmen einer Bundesinitiative die Einführung eines Sonderschwellenwertes gefordert hatten, dass der lediglich an Wechselkursentwicklungen orientierte Mechanismus zur Anpassung der vergaberechtlichen Schwellenwerte im Wesentlichen Inflations- und sonstige Preisentwicklungen nicht abdecke.

Den Länderbericht finden Sie [hier](#).

Ihr Ansprechpartner:

Steffen Müller, muellers@abz-bayern.de, 089 511 631 72



Recht

Wer (ausreichend) schreibt, der bleibt: Dokumentationspflichten bei Jury-Bewertung

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, das Vergabeverfahren von Anbeginn fortlaufend so zu dokumentieren, dass die einzelnen Stufen des Verfahrens, die einzelnen Maßnahmen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen festgehalten werden. Ein Verstoß gegen die Dokumentationspflicht ist immer zugleich auch ein Verstoß gegen das Transparenzgebot. Die für die Zuschlagserteilung maßgeblichen Erwägungen sind in allen Schritten so eingehend zu dokumentieren, dass nachvollziehbar ist, welche konkreten qualitativen Eigenschaften der Angebote mit welchem Gewicht und Ergebnis in die Benotung eingegangen sind.

Sachverhalt:

Die Antragsgegnerin (Ag.) schrieb in einem EU-weiten offenen Verfahren diverse Dienstleistungen für den Betrieb von Notunterkünften (NUK) aus. Später streitgegenständlich wurden Los 6 „soziale Dienste für die NUK“ und Los 7 „Medizinische und ärztliche Versorgung für die NUK“. Neben dem Preis mit 60 % wurden bei beiden Losen einzureichende Konzepte (Los 6 Rahmenkonzept und Los 7 Betriebskonzept) mit 40 % bewertet. Laut Leistungsbeschreibung erfolgte die Bewertung „durch eine Jury von mind. 3 Personen aus unterschiedlichen Bereichen [...]“. Aus den Einzelbewertungen wird kein Durchschnitt gebildet, sondern die bewertenden Personen finden in einer Beratung einen Konsens und einigen sich auf eine abschließende Gesamtbewertung."

Der Antragsteller (Ast.) gab fristgemäß ein Angebot für die Lose 6 und 7 ab, ebenso wie die späteren Beigeladenen B 1 und B 2. Die Auswertung der Konzepte für die Lose 6 und 7 bestand aus einem "Protokoll über die Bewertung der Lose 6 und 7" sowie für jedes Los aus drei separaten Wertungen mit Punktevergaben. Nach erfolgloser Rüge stellte der Ast einen Nachprüfungsantrag bei der VK Niedersachsen, in dem er neben weiteren Verstößen die fehlende Nachvollziehbarkeit der Konzeptbewertungen beanstandete.

Beschluss:

Mit Erfolg! Sofern der insgesamt zulässige Nachprüfungsantrag die Angebotsbewertung betraf, war er zulässig und begründet. Das Verfahren wurde in den Stand vor Angebotsbewertung zurückversetzt, mit der Maßgabe, die erneute Angebotsbewertung mit einer nunmehr ausreichenden Vergabedokumentation durchzuführen.

Die Ag. habe es versäumt, die im Rahmen der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes durch die eingesetzte dreiköpfige Jury erfolgte Bewertung der von den Bietern für die verfahrensgegenständlichen Lose 6 und 7 mit dem Angebot einzureichenden Konzepte in einer den Anforderungen des § 8 VgV genügenden Weise in der Vergabeakte zu dokumentieren und die Punktevergabe zu begründen.

Auftraggeber seien verpflichtet, das Vergabeverfahren von Anbeginn fortlaufend so zu dokumentieren, dass die einzelnen Stufen des Verfahrens, die einzelnen Maßnahmen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen festgehalten werden. Dies diene sowohl der Überprüfbarkeit der Vergabeentscheidung durch Nachprüfungsinstanzen als auch der Nachvollziehbarkeit und Kontrolle durch die Bieter.

Dies erstreckte sich sowohl auf den formalen Verfahrensablauf als auch auf die Maßnahmen, Feststellungen und Begründungen der einzelnen Entscheidungen. Die Dokumentation müsse nicht notwendigerweise in einem zusammenhängenden Vergabevermerk erfolgen, könne aus mehreren Teilen bestehen, müsse aber lückenlos sein sowie zeitnah erstellt und laufend fortgeschrieben werden.

Der öffentliche Auftraggeber müsse seine maßgeblichen Erwägungen in allen Schritten so eingehend dokumentieren, dass nachvollziehbar sei, welche konkreten Details des jeweiligen Konzepts ausschlaggebend für die Punktevergabe gewesen seien. Die Begründung müsse dazu alle Informationen enthalten, die notwendig seien, um die Entscheidungen nachvollziehen zu können.

August/September 2024

Dies sei vorliegend nicht erfolgt. Zwar fehle die Begründung zur Punktevergabe der Konzeptbewertungen nicht völlig. Sie sei aber widersprüchlich und die jeweiligen Einzelbewertungen der drei Jurymitglieder seien nicht dokumentiert worden.

Erforderlich sei allerdings eine zumindest stichwortartige Begründung der Punktevergabe durch die Mitglieder der Bewertungskommission, die bezüglich der Kriterien, in denen Punktabzüge vorgenommen worden seien und in denen sich die Bieterkonzepte nach Feststellung der Kommission qualitativ wesentlich unterschieden hätten, notwendigerweise ausführlicher ausfallen müsse. Vorliegend hätte eine vergleichende Gegenüberstellung der jeweiligen Stärken und Schwächen der Bieterkonzepte erörtert und dokumentiert werden müssen.

Die Ag. müsse nunmehr im Rahmen einer erneuten Angebotswertung die Konzeptbewertungen und Punktevergabe zumindest kurz, aber transparent und nachvollziehbar in Textform begründen. Besondere Stärken oder Schwächen der angebotenen Konzepte im Vergleich zu den jeweils anderen Angeboten müssten - wenn sie von den Mitgliedern der Bewertungskommission festgestellt werden - hervorgehoben werden.

Praxistipp:

Diese Entscheidung zeigt einmal mehr, dass auf eine nachvollziehbare und transparente Vergabedokumentation ganz besonderes Augenmerk zu legen ist. Gerade bei Jury-Entscheidungen sollten Vergabestellen im Vorfeld alle Jury-Mitglieder auf die Notwendigkeit einer inhaltlich nachvollziehbaren und ausführlichen Bewertungsbegründung hinweisen – und auf die Folgen, wenn diese fehlt. In der Praxis bewährt haben sich Vordrucke für jedes Jury-Mitglied und jedes Angebot, in denen u. a. die einzelnen Wertungskriterien vorgegeben sind und bei subjektiven Wertungen auch ausfüllbare Felder für „Stärken/Pros“ und „Schwächen/Contras“ der Angebote.

[VK Niedersachsen, Beschluss vom 14.05.2024 - VgK-6/2024](#)

Ihre Ansprechpartnerin:

Petra Bachmann, petra.bachmann@abst-brandenburg.de, 0331 95 12 90 95

Nachträglich eingereichte Nachweise sind für die Eignungsprüfung irrelevant

Legt ein Bieter nach Angebotsabgabe unaufgefordert weitere Referenzen vor, so dürfen diese für die Eignungsprüfung nicht mehr berücksichtigt werden. Wenn ein Bieter seine Präqualifizierung erst nachträglich geltend macht, gilt dies auch für präqualifizierte Nachweise.

Sachverhalt:

Der öffentliche Auftraggeber schreibt europaweit die Lieferung von CO₂-Ampeln für Schulen in Sachsen aus. Gefordert ist der Nachweis von 3 vergleichbaren Referenzprojekten aus den letzten 3 Kalenderjahren. Im Rahmen einer Bieterfrage konkretisiert die Vergabestelle, dass für jedes einzelne Referenzprojekt die Liefermenge von mindestens 2000 zum Dauerbetrieb bestimmter Messgeräte nicht unterschritten werden dürfe.

Bieterin B gibt ein Angebot ab und benennt 3 Referenzprojekte, ohne jedoch die konkrete Liefermenge mitzuteilen. Daraufhin fordert der Auftraggeber die Bieterin auf, ihre Angaben in Bezug auf die Liefermengen zu vervollständigen. B führt für die angegebenen Referenzen die jeweiligen Liefermengen an. Zudem fügt sie 3 weitere Referenzprojekte mit einer jeweiligen Liefermenge von über 2000 CO₂-Ampeln bei. Der Auftraggeber schließt das Angebot aus, da keine der im Angebot benannten Referenzen die geforderte Stückzahl erreiche. Die neu aufgeführten Referenzen wurden nicht berücksichtigt.

B rügt den Ausschluss des Angebots. Bereits die im Angebot genannten Referenzen seien technisch vergleichbar, auch wenn die Mindestliefermenge nicht erreicht worden sei. Mit weiteren Referenzen habe B zudem die Anforderung von 2000 Geräten pro Referenzauftrag nachgewiesen. B rügt außerdem, dass ihr Unternehmen präqualifiziert sei, der Auftraggeber jedoch von der gesetzmäßig gegebenen Möglichkeit, die Eignung mit einer Präqualifizierung

August/September 2024

nachzuweisen, keinen Gebrauch gemacht habe. Bei Einreichung der PQ-Urkunde hätte ein Ausschluss des Angebotes keine Grundlage gehabt. B stellt einen Nachprüfungsantrag vor der Vergabekammer.

Beschluss:

Ohne Erfolg. Es liegt im Ermessen des Auftraggebers, hinsichtlich der zu vergebenden Leistung Leistungsinhalt und -umfang zu definieren und zu konkretisieren, also auch Mindestanforderungen festzulegen, wie es sich aus Art. 58 Abs. 5 RL 2014/24/EU ergibt. Bieter, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, sind zwingend wegen fehlender Eignung auszuschließen.

B hat in ihrem Angebot an keiner Stelle auf die Präqualifizierung hingewiesen oder die PQ-Urkunde dem Angebot beigefügt. Hinsichtlich der Liefermenge erfüllt keine der dem Angebot beigefügten Referenzen die vom Auftraggeber festgelegten Mindestanforderungen von 2000 Geräten.

Die Möglichkeit zur Nachforderung (vgl. § 56 Abs. 2 VgV) gilt nur für fehlende Erklärungen und Nachweise. Nicht jedoch, wenn diese, wie in diesem Fall, in inhaltlicher Hinsicht nicht zu den Mindestvorgaben passen. Jede Vorlage weiterer passender Referenzen wäre eine Nachbesserung des Angebots. Eine Nachbesserung widerspricht den Grundsätzen der Transparenz und Gleichbehandlung aller Bieter, daher ist das Angebot auszuschließen.

Im Wesentlichen gilt dies auch für den nachträglich vorgebrachten Hinweis auf die Präqualifizierung. Im Rahmen der Prüfung des Angebots besteht für die Vergabestelle keine Verpflichtung und mangels Kenntnis auch keine Veranlassung, sich mit der Präqualifizierung von B auseinanderzusetzen.

Die Vergabekammer kommt zu dem Urteil, dass weder die nachträglich vorgelegten Referenzen noch die nachträglich geltend gemachte Präqualifizierung im Rahmen der Eignungsprüfung zu berücksichtigen waren. In beiden Fällen wäre dies eine unzulässige nachträgliche inhaltliche Änderung des Angebots. Die Prüfung der beruflichen und technischen Leistungsfähigkeit muss zwingend auf Grundlage der im Angebot abgegebenen Referenzen erfolgen. Da diese die geforderte Mindestliefermenge nicht erreichten, waren sie nicht vergleichbar und das Angebot somit auszuschließen.

Praxistipp:

Präqualifizierte Unternehmen sollten dem Auftraggeber mit Angebotsabgabe die PQ-Urkunde bzw. die Zugangsdaten für die PQ-Datenbank mitteilen, auch wenn dies nicht explizit in der Bekanntmachung steht. Denn grundsätzlich müssen öffentliche Auftraggeber eine Präqualifizierung als Nachweis der Eignung akzeptieren. Versäumt es der Bieter jedoch, den Auftraggeber mit Angebotsabgabe über seine Präqualifizierung zu informieren, so sind die präqualifizierte Nachweise für die Prüfung irrelevant.

Auftraggeber sind an die Anforderungen in der Bekanntmachung gebunden und dürfen nach Angebotsöffnung keine unaufgefordert eingereichten Nachweise mehr berücksichtigen. Bieter sollten konkrete Eignungsanforderungen in der Bekanntmachung immer sorgfältig prüfen. Wenn, wie in diesem Fall, konkrete inhaltliche Anforderungen an die Eignungsnachweise gestellt werden, sollten auch präqualifizierte Bieter die in der PQ-Datenbank hinterlegten Nachweise mit den Anforderungen des Auftraggebers abgleichen und ggf. dem Angebot ergänzende Nachweise hinzufügen.

VK Sachsen, Beschluss vom 25.04.2023 (Az.: 1/SVK/010-23)

Ihre Ansprechpartnerin:

Kathrin Buckesfeld, kathrin.buckesfeld@absthessen.de, 0611 9745880



International

Aus der EU

EU-Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte

Am 18. Juli ist EU-Ökodesign-Verordnung in Kraft getreten. Sie löst die Ökodesign-Richtlinie aus 2009 ab. Die Verordnung legt Mindestanforderungen an die Umweltverträglichkeit von Produkten fest, die in der EU verkauft werden und beinhaltet auch Anforderungen zur umweltorientierten Vergabe öffentlicher Aufträge. Sie verfolgt das Ziel, Produkte nachhaltiger zu gestalten, Energie und Ressourcen effizienter zu nutzen und Produkte leichter zu reparieren und zu recyceln. Darüber hinaus soll sie die Wettbewerbsbedingungen für nachhaltige Produkte im EU-Binnenmarkt verbessern sowie die globale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen stärken, die nachhaltige Produkte anbieten.

Der Anwendungsbereich der Verordnung erfasst fast alle physischen Waren, die in Verkehr gebracht bzw. in Betrieb genommen werden. Ausnahmen gelten u. a. für Nahrungsmittel, Rüstungsgüter oder Produkte/-gruppen, die bereits in anderen Rechtsakten geregelt sind (z. B. PKW). Die Ökodesign-Verordnung selbst stellt keine Anforderungen an die betroffenen Produkte. Sie beinhaltet lediglich Kriterien für neue Produktregulierungen, die in Form von nachgeordneten produktspezifischen Verordnungen erlassen werden. Dabei soll den Unternehmen und insbesondere KMU ausreichend Zeit gegeben werden, die Anforderungen zu erfüllen. Der Geltungsbeginn eines delegierten Rechtsaktes liegt deshalb mindestens 18 Monate nach dessen Inkrafttreten. Bis März 2025 wird die EU-Kommission in einem Arbeitsplan alle Produktgruppen festlegen, für die in den nächsten Jahren entsprechende Produktverordnungen erarbeitet werden sollen.

Für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist in Artikel 65 der Verordnung festgelegt, dass die Kommission mittels Durchführungsrechtsakten Mindestanforderungen festlegen kann. Diese können technische Spezifikationen, Zuschlagskriterien, Auftragsausführung oder Zielvorgaben betreffen.

Dabei ist vorgesehen, dass die Zuschlagskriterien je nach Sachlage eine Mindestgewichtung im Vergabeverfahren, die zwischen 15 % und 30 % beträgt, umfassen können. Damit soll ein erheblicher Einfluss auf das Ergebnis des Vergabeverfahrens und die Auswahl der ökologisch nachhaltigsten Produkte begünstigt werden.

Die Zielvorgaben können vorsehen, dass bis zu 50 % der auf der Ebene der öffentlichen Auftraggeber oder der Sektorenauftraggeber durchgeführten Beschaffungen oder der auf nationaler Ebene aggregierten Beschaffungen unter Berücksichtigung dieser Mindestgewichtung die ökologisch nachhaltigsten Produkte betreffen müssen.

Zu einer Einschränkung des Wettbewerbs und der Bevorzugung von bestimmten Wirtschaftsteilnehmern soll es dabei nicht kommen. Die Kommission soll bei der Prüfung der wirtschaftlichen Durchführbarkeit die bestmöglichen auf dem Markt verfügbaren umweltverträglichen Produkte und Lösungen berücksichtigen. Auch der Umstand, dass verschiedene öffentliche Auftraggeber in den einzelnen Mitgliedstaaten über unterschiedliche Haushaltskapazitäten verfügen oder anderen Sachzwängen unterliegen, etwa im Zusammenhang mit den Klimabedingungen oder der Netzinfrastruktur, soll hier berücksichtigt werden.

Weitere Informationen zur EU-Ökodesign-Verordnung finden Sie [hier](#).

European Innovation Procurement Awards 2024-2025

Aktuell sind Bewerbungen für die Europäischen Preise für innovative Beschaffung möglich. Sind Sie ein öffentlicher oder privater Einkäufer, der die Entwicklung oder den Einsatz einer innovativen Lösung gekauft hat? Sind Sie ein Einkäufer oder ein politischer Entscheidungsträger, der eine Initiative zur Innovationsbeschaffung ins Leben gerufen hat, die mehrere Innovationsbeschaffungen in Ihrer Organisation, Stadt, Region oder Ihrem Land auslöst? Bewerben Sie sich bis zum 26. September, gewinnen Sie einen dieser europäischen Preise und gehen Sie mit einem Preisgeld von 75.000 Euro nach Hause! Weiter Informationen finden Sie [hier](#).

August/September 2024

Neue Studie zum Dienstleistungssektor der EU verfügbar

In den letzten zwei Jahrzehnten hat der Dienstleistungssektor maßgeblich zum Wohlstand in der Europäischen Union beigetragen. Trotz seines Potenzials wird der grenzüberschreitende Dienstleistungshandel jedoch durch erhebliche nationale Barrieren behindert. Die 27 Mitgliedstaaten der EU haben unterschiedliche Regulierungen und Marktzugangsbarrieren, die den Handel erschweren. Die ifo-Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern zeigt, dass der Abbau dieser Barrieren und eine bessere Harmonisierung und Integration des EU-Binnenmarkts die europäische Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit stärken würde. Dies könnte zu spürbaren Wohlstandsgewinnen in allen Bereichen führen. Sie möchten sich näher informieren? Die Studie finden Sie [hier](#).

Quelle: Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Das Beschaffungswesen der Asiatischen Entwicklungsbank

Digitale Informationsveranstaltung: 28. August 2024, 10.00 bis 11.30 Uhr

Die erfolgreiche Beteiligung an Ausschreibungen kann auch für kleinere und mittlere Unternehmen eine lohnende Möglichkeit sein, neue Märkte zu erschließen. Allerdings gilt es einiges zu beachten, um das Thema Ausschreibungen strategisch klug anzugehen, um Kosten und Mühen zu minieren. Besonders bei multilateralen Gebern wie der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) müssen sich deutsche Consultants und Zulieferer gründlich vorbereiten, um erfolgreich an Ausschreibungen teilzunehmen.

In der digitalen Veranstaltung informieren Vertreter von Germany Trade & Invest (GTAI) und der ADB darüber, wie das Ausschreibungsgeschäft funktioniert und wie Sie einfach über Ausschreibungen informiert bleiben. Unternehmen berichten aus der Praxis. Die Veranstaltung wird organisiert von den Business Scouts der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung, der Handelskammer Bremen, den niedersächsischen, bayrischen und schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern, der Deutsch-Philippinischen Handelskammer, dem OAV sowie Germany Trade & Invest. Das Programm und Informationen zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

Ihr Ansprechpartner:

Steffen Müller, muellers@abz-bayern.de, 089 511 631 72



Aus den Bundesländern

Hessen: Veröffentlichungen an Pflichtbekanntmachungsplattform HAD und BKMS

Seit Oktober 2023 sehen die Bekanntmachungsmuster aufgrund ihrer neuen Datenstruktur (eForms) verändert aus. Zudem gibt es neue Datenfelder, die zum Teil verpflichtend auszufüllen sind. Für alle Vergabeverfahren, die bekannt zu machen sind, gibt es neue Wege zur Veröffentlichung.

Auf einer neu eingerichteten Plattform „Datenservice Öffentlicher Einkauf“ (DÖE) werden Bekanntmachungsdaten aus öffentlichen Ausschreibungen bundesweit zentral zusammengeführt und fortlaufend aktualisiert. Ein damit verbundener Vermittlungsdienst zum DÖE empfängt alle auf TED (EU-weite Verfahren) zu veröffentlichenden und nationale Bekanntmachungen und übermittelt diese weiter. Das heißt, EU-weite Bekanntmachungen werden validiert und an den sogenannten eSender-Hub weitergeleitet. Unterschwellige Vergaben werden nach Validierung direkt an den Bekanntmachungsservice (BKMS) übermittelt. Im Einzelnen:

1. EU-weite Bekanntmachungen:

Über eine Schnittstelle übermittelt die jeweils vom Auftraggeber gewählte e-Vergabeplattform direkt an den BKMS (über den DÖE) sowie an die HAD. Fehlt eine Schnittstelle zur direkten Weiterleitung an die HAD, holt sich die HAD die jeweilige Veröffentlichung vom BKMS über den Vermittlungsdienst, sofern die Vergabestelle die Kennung/Fassung der Bekanntmachung der HAD übermittelt.

[Vergabestellen | EU-Import](#)

2. Nationale Bekanntmachungen:

a) Elektronische Verfahren: Über eine Schnittstelle übermittelt die jeweils vom Auftraggeber gewählte e-Vergabeplattform direkt an den BKMS (über den DÖE) sowie an die HAD. Fehlt eine Schnittstelle zur direkten Weiterleitung an die HAD, muss die Vergabestelle die Bekanntmachung über die HAD-Erfassungssoftware nacherfassen und versenden.

b) Papierverfahren: Ausfüllen des jeweiligen Bekanntmachungsmusters auf der HAD. Eine Weiterleitung an den BKMS erfolgt nach Wahl des Nutzers durch individuelle Eingabe (Befehl: „Weiterleitung an ‚bund.de‘ “). Der BKMS holt sich entsprechend Bekanntmachungen ab.

Für Fragen steht Ihnen die Auftragsberatungsstelle Hessen jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Ihr Ansprechpartner:

Michael Adamovic, michael.adamovic@absthessen.de, 0611 9745 8828

Rheinland-Pfalz: Erste Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen vom 12. Juni 2024

Seit Inkrafttreten der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen vom 26. Februar 2021 am 1. Juni 2021 ist eine wirksame Nachprüfung von Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte in Rheinland-Pfalz möglich. Zunächst wurde die Landesverordnung bis 30. Juni 2024 befristet und vor ihrer Verlängerung einer Evaluierung unterzogen. Die Ergebnisse der Evaluation haben gezeigt, dass sich die Bestimmungen über die Nachprüfung von Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich grundsätzlich bewährt haben. In der Ersten Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen vom 12. Juni 2024, die am 21. Juni 2024 in Kraft getreten ist, wurden folgende Änderungen bzw. Ergänzungen der Landesverordnung vorgenommen:

1. Der neue Absatz 3 des § 5 NachprV ermöglicht es, dass ein Bieter oder Bewerber nun auch vor Ablauf der Angebotsfrist ein Nachprüfungsverfahren anstoßen kann. Voraussetzung ist, dass ein Bieter oder Bewerber die Nichteinhaltung von Vergabevorschriften beanstandet, nachdem seiner zuvor erhobenen Rüge durch den Auftraggeber nicht abgeholfen wurde. Bisher musste sich das Unternehmen zunächst mit einem Angebot an dem Vergabeverfahren beteiligen, die Angebotsfrist und schließlich die Vorabinformation abwarten.

2. Mit § 10 Abs. 3 Nr. 4 NachprV wurde ein weiterer Präklusionstatbestand aufgenommen. Hat der öffentliche Auftraggeber einer Rüge im laufenden Vergabeverfahren nicht abgeholfen und sind auf die Nichtabhilfemitteilung

August/September 2024

sieben Kalendertage verstrichen, kann der Bieter oder Bewerber in einem späteren Nachprüfungsverfahren mit diesem Einwand nicht mehr gehört werden.

3. Im neuen § 5 Abs. 4 NachprV ist nun ausdrücklich die Möglichkeit einer Nachprüfung im Falle der Aufhebung eines Vergabeverfahrens durch den öffentlichen Auftraggeber vorgesehen. Künftig sind daher im Aufhebungsschreiben die Bieter oder Bewerber über die Beanstandungsfrist von sieben Kalendertagen und das weitere Verfahren im Sinne des § 4 Abs. 3 NachprV zu informieren.

4. Die in § 9 Abs. 1 Satz 1 geregelte Entscheidungsfrist der Vergabepflichtstelle wurde von zwei auf drei Wochen verlängert. Durch die erste Änderungsverordnung wurde die Möglichkeit der Nachprüfung von Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich für weitere drei Jahre bis 30. Juni 2027 etabliert. Bis zum 30. Juni 2026 soll eine erneute Evaluierung stattfinden.

Nähere Informationen können [hier](#) abgerufen werden.

Ihre Ansprechpartnerin:

Dagmar Lübeck, luebeck@eic-trier.de, 0651 9756 716

Thüringen: Erfahrungen zum Thüringer Vergabegesetz

Seit dem 1. Januar 2024 regelt ein novelliertes Vergabegesetz die öffentlichen Beschaffungen in Thüringen. Im Frühjahr dieses Jahres hat deshalb die IHK Erfurt eine Umfrage unter 750 ausschreibungsaktiven Unternehmen durchgeführt, um zu eruieren, wie diese mit den Neuerungen des Thüringer Vergabegesetzes zufrieden sind.

84% der befragten Unternehmen gaben an mit den Änderungen, insbesondere mit der Erhöhung der Wertgrenzen für Direktvergaben, Verhandlungsvergaben und beschränkte Ausschreibungen zufrieden zu sein. Interessant war auch die Tatsache, dass 97% der befragten Unternehmen den aktuellen vergabespezifischen Mindestlohn in Höhe von 13,91 Euro nicht als Hinderungsgrund sehen, um sich an öffentlichen Ausschreibungen in Thüringen zu beteiligen.

Die Teilnehmer wurden auch befragt, welche Maßnahmen vorgenommen werden müssen, um die Attraktivität von öffentlichen Aufträgen zu erhöhen. Folgende Ergebnisse haben sich hieraus ergeben:

- 71 % stärkerer Fokus auf qualitative Aspekte
- 63 % Verbesserung der Qualifizierung der verantwortlichen in den Vergabestellen
- 61 % Wegfall vergabefremder Aspekte
- 37 % Verbesserung der Zahlungsmoral der öffentlichen Hand

Des Weiteren wurden die Thüringer Unternehmen befragt, wie diese die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand bewerten. Folgende Einschätzungen gab es hierzu:

- 42 % gut
- 42 % befriedigend
- 13 % schlecht
- 3 % sehr gut

Zudem hatten die Unternehmen die Möglichkeit, sich im Rahmen der Umfrage zur Zuschlagsquote bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen zu äußern. Die befragten Unternehmen gaben folgende Zuschlagsquoten an:

- im Jahr 2022 eine Zuschlagsquote von 26 %
- im Jahr 2023 eine Zuschlagsquote von 22 %.

Ihr Ansprechpartner:

Markus Heyn, Markus.Heyn@erfurt.ihk.de, 03643 8854 12



Veranstaltungen

27. August und 25. September 2024 Vergaberecht für Einsteiger: Anfängerkurs für Auftraggeber und Bieter ohne Vorkenntnisse

Das Seminar richtet sich an diejenigen, die bislang noch keine Erfahrung im Vergaberecht gesammelt haben. Ziel ist, Ihnen die Struktur und die Grundsätze des Vergaberechts näher zu bringen. Sie lernen die wichtigsten Regelungen kennen und erhalten praktische Hinweise, wie Sie als Auftraggeber ein Vergabeverfahren vorbereiten und durchführen. Als Bieter lernen Sie, was bei einer Teilnahme an einer Ausschreibung beachtet werden muss und wie Sie häufig gemachte Kardinalfehler vermeiden können. Anhand aktueller Beispiele aus der Rechtsprechung werden die vergaberechtlichen Grundlagen praxisnah erläutert. Das Seminar lässt Raum für Ihre Fragen und gemeinsame Diskussion.

Das öffentliche Beschaffungswesen ist ein Milliardenmarkt, über dessen besondere Regelungen ein akquirierendes Unternehmen Kenntnisse besitzen muss, wenn es erfolgreich Aufträge erlangen will. Das Vergaberecht umfasst eine Vielzahl von Regelungen, die öffentliche Auftraggeber beim Beschaffen von Baumaßnahmen, dem Kauf von Gütern oder bei der Inanspruchnahme einer Dienstleistung einhalten müssen.

Erörtert werden die Regelungen bei EU-weiten Verfahren sowie bei kleineren Auftragswerten im sogenannten „Unterschwellenbereich“, soweit sie sich auf Bauleistungen, Liefer- und Dienstleistungen beziehen. Es werden zudem die seit dem 1. September 2021 geltenden Regelungen des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes sowie der Gemeinsame Runderlass für das Öffentliche Beschaffungswesen (Vergaberlass) besprochen.

Unter <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> finden Sie weitere Infos zum Seminarinhalt und können sich direkt online anmelden.

Termin 1: 27. August 2024, 8:30- 14:00 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**

Termin 2: 25. September 2024, 8:30- 14:00 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**

Referentin: Syndikusrechtsanwältin Eva Waitendorfer-Braun, Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.

Teilnahmeentgelt: 190,00 € für Mitgliedsunternehmen/Büros/Vergabestellen

29. August und 26. September 2024 Einführungsseminar zur elektronischen Vergabe mit der eHAD

Dieses Seminar wendet sich an öffentliche Auftraggeber in Hessen und Planungsbüros, die im Auftrag öffentlicher Auftraggeber in Hessen Vergabeverfahren durchführen und bisher die HAD-Erfassungssoftware genutzt haben. In dieser Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit, die elektronische Vergabe der eHAD und die eingesetzte Software, den AI VERGABEMANAGER, kennenzulernen und die grundlegende Anwendung zu erlernen.

Anhand von Beispielen in der eHAD-Testumgebung werden Ihnen ein bis zwei vollständige elektronische Vergabeprozesse (VgV /VOB) von der Erfassung bis hin zur Zuschlagserteilung und Archivierung vorgeführt und erläutert. Darüber hinaus zeigen wir Ihnen die Besonderheiten in der Durchführung von Beschränkten Ausschreibungen/Freihändigen Vergaben mit dem AI VERGABEMANAGER.

Unter <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> finden Sie weitere Informationen und können sich direkt online anmelden.

Termin 1: 29. August 2024, 9:00 – ca. 16 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**

Termin 2: 26. September 2024, 9:00 – ca. 16 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**

Referentin: Doris Stiehl, Informatikerin B. Sc., Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.

Teilnahmeentgelt: 100 €

August/September 2024

11. September und 09. Oktober 2024: Die Vergabe von Rahmenvereinbarungen und die Vergabe von IT-Leistungen - Zwei Themenkomplexe.

Praxisrelevante Themen der aktuellen Rechtsprechung für Auftraggeber und Bieter, die ihr Wissen vertiefen wollen

Das Seminar wird empfohlen für Teilnehmer mit Praxiserfahrung und geht zum Thema Rahmenvereinbarungen übergreifend auf die Vergabeverfahren sowie die Angebotserstellung ein. Das Thema Vergabe von IT-Leistungen hat zum Ziel, Auftraggebern und Bietern ein differenziertes Wissen zu ausgewählten Themenkomplexen anhand neuester Entscheidungen der Vergabekammern und Gerichte zu vermitteln.

Auftraggeber erfahren, welche Kardinalfehler im Verfahren unbedingt zu vermeiden sind und unter welchen Voraussetzungen ein fehlerhaftes Verfahren wieder rechtskonform fortzusetzen ist. Den Bietern werden Strategien erläutert, wie sie alle nötigen Informationen zur Angebotsabgabe erhalten und einen Angebotsausschluss vermeiden können. Bei beiden Themenschwerpunkten wird auf Unterschiede zwischen EU-Verfahren und Verfahren nach nationalem Vergaberecht eingegangen.

Bringen Sie Ihre Praxiserfahrungen und -probleme in die Diskussion ein. Das Seminar strebt einen Austausch zu allen angesprochenen Fragen zwischen Unternehmen, Auftraggebern und Referenten an.

Unter <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> finden Sie weitere Informationen und können sich direkt online anmelden.

Termin 1: 11. September 2024, 9:00 - 13:30 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**

Termin 2: 09. Oktober 2024, 9:00 - 13:30 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**

Referenten: Dipl.-Verwaltungswirt Hans-Peter Müller
RA Dr. Andreas Ziegler, Partner der Kanzlei Kunz Rechtsanwälte

Teilnahmeentgelt: 190,00 € für Mitgliedsunternehmen/Büros/Vergabestellen

19. September 2024: Die Vielfältigkeit einer ordnungsgemäßen Leistungsbeschreibung und ihre Fallstricke. Ein Praxisseminar

Die Leistungsbeschreibung ist das wesentliche Kernstück einer erfolgreichen Auftragsvergabe. Sie bestimmt den späteren Vertragsinhalt und kann zum Erfolg, aber auch zum Misserfolg der Beschaffung führen. Fehler können schwerwiegende Folgen nach sich ziehen, etwa die Rückversetzung, erheblichen Zeitverlust oder kostenintensive Nachträge.

Das Seminar vermittelt die Grundlagen einer ordnungsgemäßen Leistungsbeschreibung und geht auf die Vielfältigkeit bei der Formulierung von eindeutigen und erschöpfenden, oftmals sehr spezifischen Leistungsbeschreibungen bis hin zu allgemein beschreibenden funktionalen Leistungsbeschreibungen ein. Das Seminar zeigt auch den Gestaltungsspielraum zwischen dem Gebot der Produktneutralität und einer zulässigen Produktvorgabe auf.

Anhand von Beispielen der aktuellen Rechtsprechung kann das Seminar auf praxisorientierte Fragen zur Vergabe von Bau-, Dienst oder Lieferleistungen Antworten geben. Das Seminar gibt Hinweise zur Fehlervermeidung oder -korrektur sowie zum Umgang mit Bieterfragen. Auch aus Bietersicht werden Reaktionsmöglichkeiten im Vergabeverfahren beschrieben.

Unter <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> finden Sie weitere Informationen und können sich direkt online anmelden.

Termin: 19. September 2024, 8:30 - 13:00 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**

Referent: Dipl.-Verwaltungswirt Hans-Peter Müller

Teilnahmeentgelt: 190,00 € für Mitgliedsunternehmen/Büros/Vergabestellen

August/September 2024

08. Oktober 2024 Fördermittel und Vergaberecht in Hessen – Was ist zu tun?

Konkretisierte Darstellung der vergaberechtlichen Verpflichtungen bei Erhalt von Zuwendungen

Der Grundsatz der sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung von Mitteln im Haushaltsrecht bildet die gemeinsame Schnittmenge von Zuwendungsrecht und Vergaberecht. Zuwendungen oder Fördermittel sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen der EU, des Bundes, der Länder oder Kommunalverwaltungen. Das Seminar richtet sich an Zuwendungsempfänger von hessischen Landesmitteln, deren Maßnahmen regelmäßig unterhalb der EU-Schwellenwerte bleiben. Empfänger von Fördermittel können natürliche oder juristische Personen sein, die nicht zwingend zugleich öffentliche Auftraggeber im Sinne des Vergaberechts sind (z. B. Träger betrieblicher Berufsbildungseinrichtungen).

Regelmäßig ergibt sich aus den Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheids (z. B. ANBest-P) die Verpflichtung, vergaberechtliche Vorschriften anzuwenden. Allerdings unterscheiden sich die Regelungen hinsichtlich der konkreten Anwendung des Vergaberechts bei der Beschaffung. Die Veranstaltung befasst sich zunächst mit der Identifizierung von privaten und öffentlichen Zuwendungsempfängern nach dem Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetz. Sodann werden die nach dem Zuwendungsrecht und den anzuwendenden Auflagen resultierenden vergaberechtlichen Pflichten bei der Beauftragung von Leistungen erläutert. Besprochen werden Fallkonstellationen, bei denen eine Direktbeauftragung möglich ist. Im Folgenden werden anhand Fallbeispielen typische Vergabefehler besprochen, die regelmäßig zum Widerruf des Bescheids führen ggf. mit der Verpflichtung, bereits erhaltene Zuwendungen zurückzuzahlen.

Ein weiterer Teil der Veranstaltung befasst sich mit den Fragen hinsichtlich der Vorbereitungsmaßnahmen eines Vergabeverfahrens, vor dessen eigentlichem Beginn sowie der besonderen Dokumentationspflicht des Zuwendungsempfängers. Die Teilnehmer des Seminars erhalten konkrete Handlungsempfehlungen und bekommen gestellte Fragen zu ihren Förderprojekten direkt beantwortet.

Unter <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> finden Sie weitere Infos zum Seminarinhalt und können sich direkt online anmelden.

Termin: 08. Oktober 2024, 9:00- 14:00 Uhr, - **Das Seminar findet online statt!**
Referentin: Syndikusrechtsanwältin Eva Waitzendorfer-Braun, Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.
Teilnahmeentgelt: 190,00 € für Mitgliedsunternehmen/Büros/Vergabestellen

10. Oktober 2024 eHAD-Vertiefungsseminar: Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsverfahren im eHAD-Vergabemanager

Dieses Seminar wendet sich an Anwender (öffentliche Auftraggeber und deren Dienstleister) des eHAD-Vergabemanagers, die bereits Kenntnisse und Erfahrung in der Anwendung der Software gesammelt haben.

Anhand eines Beispiels des Vergabemanagements in der eHAD-Testumgebung wird den Teilnehmern ein mehrstufiges Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb VgV (Dienstleistung) vorgeführt und erläutert. Schwerpunkt hierbei wird die Bearbeitung der Teilnahmeanträge und Durchführung von Verhandlungsrunden sein. Insbesondere auch auf Fragen, die sich für die Anwender in der Praxis im Zusammenhang mit der Durchführung mehrstufiger Verfahren ergeben haben oder sich stellen könnten, soll im Seminar eingegangen werden.

Erläuterungen zu der Anwendung von Aktionen, wie z. B. ‚Aufheben der Vergabe‘ oder ‚losweiser Ausschluss von Angeboten‘ in der Auswertungsphase nach Teilnahmeantrags- bzw. Angebotsöffnung werden die Vorführung des mehrstufigen Vergabeverfahrens ergänzen, soweit es der zeitliche Rahmen der Veranstaltung zulässt.

Unter <http://www.absthessen.de/seminare-anmeldung.html> finden Sie weitere Informationen und können sich direkt online anmelden.

Das Seminar findet online statt!

Termin: 10. Oktober 2024, 9:00 – ca. 15:45 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**
Referentin: Doris Stiehl, Informatikerin B. Sc., Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.
Teilnahmeentgelt: 100 €

August/September 2024

16. Oktober 2024: Die Vergabe von Planungsleistungen – Effektive Möglichkeiten der Verfahrensgestaltung

Die Vergabe von Planungsleistungen ist mit einigen, neuen Fallstricken behaftet. Das umfasst bereits die Schätzung des Auftragswertes, die darüber entscheidet, ob ein nationales Vergabeverfahren ausreicht oder die VgV anzuwenden ist, weil der EU-Schwellenwert erreicht oder überschritten ist. Zudem lässt die HOAI 2021 erstmals Freiräume für die Gestaltung des Angebotspreises, da der Honorarmindestsatz nicht mehr verbindlich ist. Dennoch ist es möglich, Planungsleistungen ohne komplizierte Vergabeprozesse durchzuführen. Auch Bieter haben deutlich mehr Gestaltungsspielraum bei der Angebotsabgabe. Oftmals nutzt der Auftraggeber nicht die Möglichkeiten, die durch UVgO und VgV bei der Wahl des Verfahrens, der Eignungsprüfung und Festlegung von Zuschlagskriterien eröffnet werden. Anhand von Praxisbeispielen werden zulässige Verfahrensabläufe vorgestellt. Aktuelle Rechtsprechung untermauert die Seminarinhalte. Das Seminar eignet sich sowohl für Anfänger als auch Fortgeschrittenen und richtet sich an Auftraggeber und Bieter, insbesondere Architekten und Ingenieure.

- Die Schätzung des Auftragswerts und effektive Verfahrensarten
- Losvergabe oder Generalplaner; 80/20-Regel
- Gestaltungsspielräume bei der Leistungsbeschreibung
- Teilnahmewettbewerb und Eignungsprüfung, Auswahl der geeignetsten Bewerber
- Aufstellung der Wertungskriterien sowie Unterkriterien und deren Gewichtung
- Vorgabe von Festpreisen durch den öAG
- **Exkurs:** Das Burgi-Gutachten und mögliche Konsequenzen

[Hier](#) finden Sie weitere Infos zum Seminarinhalt und können sich direkt online anmelden

Termin: 16. Oktober 2024, 8:30 - 13:00 Uhr – **Das Seminar findet online statt!**
Referent: Dipl.-Verwaltungswirt Hans-Peter Müller
Teilnahmeentgelt: 190,00 € für Mitgliedsunternehmen/Büros/Vergabestellen

Veranstaltungen anderer Anbieter

Vertrags- und Nachtragsmanagement nach VOB/B und neuem Bauvertragsrecht

Seminarort: IHK Mittlerer Niederrhein Mönchengladbach

Termin: 10.09.2024, 09:00 – 16:30 Uhr

Referent/in: Dr. Johannes Langen, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

Teilnahmeentgelt: 348,00 € für 8 Unterrichtseinheiten

Anmeldung/

Informationen [Vertrags- und Nachtragsmanagement nach VOB/B und neuem Bauvertragsrecht \(ihk.de\)](#)



Impressum

Auftragsberatungsstelle Hessen e.V.
Karl-Glässing-Str. 8
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 974588-0
Fax: 0611 974588-20
E-Mail: info@absthessen.de
Internet: www.absthessen.de

Inhaltlich verantwortlich gemäß § 6 MDStV
Geschäftsführerin der ABSt Hessen e.V.
Brigitta Trutzel Rechtsanwältin
Aufsichtsgremium
Vorstand der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V. (ABSt Hessen)

Redaktion: Grit Wiese, ABST Mecklenburg-Vorpommern, Telefon: 0385 617381 15, E-Mail: wiese@abst-mv.de